

## Lasst uns einen Globalen Pakt der Solidarität aufbauen für die Rechte der Migrant\*innen und Geflüchteten

Der EU-Pakt zu Migration und Asyl, der kürzlich von der Europäischen Kommission (EK) in Brüssel (23. September) vorgestellt wurde, macht menschliche Migrationsbewegungen zu Verbrechen und Migrant\*innen und Geflüchtete zu potentiellen Kriminellen, die identifiziert und im Falle einer Flucht verfolgt, inhaftiert und in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden müssen, ungeachtet der Umstände, unter denen sie die EU-Grenzen erreicht haben.

### Festung Europa der Grenzen und Orte ohne Rechte

Der Pakt wurde von EK-Vizepräsident Schinas mit einem "Haus mit drei Stockwerken" verglichen:

- 1) Die externe Dimension, die sich auf verstärkte und spezifische Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern konzentriert und darauf abzielt, die Menschen in diesen Ländern zu halten und das Land mit „Zuckerbrot und Peitsche“ zur Rückübernahme derjenigen zu zwingen, die Europa erreichen können;
- 2) Die Verwaltung und Militarisierung der EU-Außengrenzen mit einer verstärkten FRONTEX und schnelleren "Auswahl"-Verfahren und Rückführungsmechanismen, um zu verhindern, dass Menschen einen Fuß nach Europa setzen, und
- 3) Ein so genannter "Solidaritäts"-Mechanismus, der das Konzept völlig verzerrt und eine Aufteilung der Verantwortlichkeiten zwischen den Staaten hinsichtlich der Durchführung von Maßnahmen zur Identifizierung und Kontrolle von Migrant\*innen und Geflüchteten beinhaltet. Zu diesen Maßnahmen gehören die Einschränkung der Menschenrechte, die Unterdrückung an den Grenzen und die Verhinderung der Rettung auf See aus humanitärer Sicht - ohne jedoch in irgendeiner Weise die Grundrechte der Migrant\*innen und Geflüchteten und ihrer Gemeinschaften anzuerkennen. Für sie gibt es keine Rechte und nicht einmal Solidarität.

Der Pakt enthält mehr Verweise auf das "kein Recht" auf Einreise oder Aufenthalt als auf "Menschenrechte" und verwendet wiederholt die Idee eines reibungslosen und nahtlosen Verfahrens, das zur Rückkehr führt und die Strategie einer "Festung Europa" bekräftigt, die nicht nur die gegenwärtig gescheiterte Situation nicht verbessert, sondern als Warnung zur Verhinderung und Entmutigung von Migrant\*innen und Geflüchteten lanciert wird.

### Das von Migrant\*innen, Geflüchteten und Bürger\*innen in Solidarität gelebte Europa

Europa befindet sich wie andere Regionen der Welt im lebensbedrohlichen Griff von COVID-19. Die vielfältigen und miteinander verknüpften Krisen - wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische -, die die Welt durchlebt, haben sich jedoch schon lange vor COVID entwickelt. Der verheerende Extraktivismus und die Plünderung von Ressourcen durch transnationale Konzerne werden durch ein neokoloniales Handels- und Investitionssystem ermöglicht, das integraler Bestandteil der Politik der EU und der europäischen Regierungen ist.

Dieser Extraktivismus und die Waldzerstörung haben die Bedingungen beschleunigt, die uns COVID beschert haben. Diese Unternehmenstätigkeiten haben zur Zerstörung von Land und Lebensgrundlagen geführt und Ressourcenkriege ausgelöst, die zur Zwangsumsiedlung von Millionen von Menschen innerhalb der Kontinente und über die Kontinente hinweg geführt haben - wie man an diesen Migrationsbewegungen sehen kann. Diese gewaltsam vertriebenen Menschen werden vom EU-Pakt jedoch nur als Kriminelle oder potentielle Kriminelle betrachtet.

Für uns, die wir in Europa leben, sind wir Zeug\*innen der schlimmsten Zeiten - der gefühllosen Verschärfung und Ausrollung einer Nekropolitik gegen Migrant\*innen- und Geflüchtete im Namen der Sicherheit Europas. Das Lager MORIA auf der Insel Lesbos schwelte noch von seinem verheerenden Feuer, als der EU-Pakt zu Migration und Asyl veröffentlicht wurde.

Wir selbst sind auch Migrant\*innen und Geflüchtete, Teil engagierter Solidaritätsorganisationen, die diesen EU-Pakt und die damit verbundene Politik der rassistischen Ausgrenzung ablehnen. Wir sind Teil eines anderen Europas - einem Europa des "Wir, der Menschen" - einem demokratischen, integrativen Europa, das wir anstreben - das alle seine Menschen gleich schätzt.

Deshalb haben wir uns in einem Prozess mit dem Permanent Peoples' Tribunal (PPT) engagiert, in dem mehr als 500 Bewegungen, Netzwerke und Organisationen Beweise für die weit verbreiteten, anhaltenden und fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen von Migrant\*innen und Geflüchteten vorgelegt haben - ihre Kriminalisierung und die Kriminalisierung der Solidarität der europäischen Bürger\*innen, die eine menschenrechtsbasierte Behandlung als Menschen fordern.

Nach Anhörungen (ab 2017) in Barcelona, Palermo, Paris, London und Brüssel fällte der PPT ein nüchternes Urteil und forderte die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf, Verantwortung für die "totale Verweigerung der Grundrechte von Menschen und Migrant\*innen und Geflüchteten zu übernehmen, die wahre Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind ... und nach gemeinsam vereinbarten strafrechtlichen Definitionen als "Systemverbrechen" anerkannt werden müssen.

Als Organisationen von Migrant\*innen und Geflüchteten, Solidaritäts- und Menschenrechtsorganisationen europäischer Bürger\*innen und transnationale Bewegungen - stellen wir die Zwangsumsiedlung von Migrant\*innen und Geflüchteten in den Kontext des gescheiterten korporativen extraktivistischen und industriellen Agrarwirtschaftsmodells im globalen Süden; des Klimawandels und der Kriege, an denen europäische Regierungen im Nahen Osten und in Nordafrika teilgenommen haben.

Bis jetzt haben die europäischen Staats- und Regierungschefs eine Politik der Externalisierung der Grenzen verfolgt und Milliarden (einschließlich Entwicklungsgelder) in den Aufbau und die Bewaffnung eines militarisierten Komplexes von Mauern, Festungen, Armee, Marine und Luftstreitkräften investiert, um die Grenzen zu sichern. Dazu gehört auch eine Kette von Hotspots und Camps (wie MORIA), in denen Menschen bis zu ihrem Tod überleben sollen. Kombiniert mit einer Politik des "Zurückdrängens" und eines aggressiven "Verbots der Seenotrettung" ist diese kombinierte Politik in der Tat eine systematische Verweigerung der Menschenrechte von Migrant\*innen und Geflüchteten, die zu mindestens schätzungsweise 30.000 Toten und Verschwundenen auf See, in der Wüste und bei Landreisen geführt hat.

Da einige von uns nun vom 23. bis 25. Oktober in Berlin zusammenkommen und viele sich an Online-Plattformen beteiligen, die an der PPT-Anhörung teilnehmen, bekräftigen wir den moralischen und politischen Bankrott des EU-Pakts durch die Aufgabe der Menschenrechte. Der PPT Berlin überprüft das Recht auf Gesundheit und den Zugang zu Gesundheit für Migrant\*innen und Geflüchtete - jene, die zu den "relevanten Arbeitnehmer\*innen" in den vielen Dimensionen der "systemrelevanten Arbeit" der C-19 gehören - Landwirtschaft, Bauwesen, Pflege, Gesundheitswesen und Hausarbeit. Aber diese Arbeitnehmer\*innen stehen nicht im Blickfeld des EU-Pakts.

### **Das Europa und die Zukunft, die wir wollen - Europa der Gleichheit und Solidarität**

Wir haben gesehen, wie Europas Migrationspolitik der Ausgrenzung und des Todes Jahr für Jahr aufgebaut wird. Wir haben auch gesehen, wie rechtspopulistisches und rassistisches Gedankengut in ganz Europa immer mehr sozialverträglich wird. Wir hören ständig von den tödlichen Folgen dieser Politik und von schrecklichen Menschenrechtsverletzungen.

Jetzt, angesichts der fortgesetzten Schließung der europäischen Grenzen, der Externalisierung der Migrationspolitik, der Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die zu systematischen Menschenrechtsverletzungen der Menschen auf ihren Migrationsbewegungen - auf den Straßen, in den Wüsten, auf den Meeren und auch innerhalb Europas - führen, und als Antwort auf die Kriminalisierung der solidarischen Bürgerinnen und Bürger sagen wir, Migrant\*innen und Geflüchtete, soziale Bewegungen und Vereinigungen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus vielen Teilen Europas: Genug ist genug!

Wir akzeptieren nicht länger diese Pakte, die Bevölkerungen entmenschlichen und Migrant\*innen und Geflüchtete systematisch ausgrenzen - während sie sich gleichzeitig auf ihre Arbeit verlassen und von ihrer rechtlosen Arbeit profitieren. Daher ist eine allgemeine und umfassende Regularisierung aller Migrant\*innen und Geflüchteter in der EU und allen europäischen Ländern unerlässlich und dringend, damit sie endlich ihre Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsrechte zu ihrem eigenen Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft als Ganzes wahrnehmen können.

Wir werden nicht tolerieren, dass Mitmenschen - Asylsuchende und Migrant\*innen - gejagt, in Internierungs- und Flüchtlingslagern eingesperrt, aller Rechte beraubt, rassistischer Brutalität ausgesetzt und auf Nichtpersonen reduziert werden. Wir fordern von denselben europäischen Führern, die diesen Pakt geschlossen haben, die sofortige Freilassung aller Migrant\*innen aus diesen politischen Gefängnissen und die Evakuierung und Schließung aller Lager sowie die dringende Überstellung in die europäischen Städte und Gemeinden, die sich bereit erklärt haben, sie aufzunehmen.

Eine alternative Migrations- und Asylpolitik ist möglich - aber sie erfordert Zivilcourage und eine auf den Menschen basierende, wirklich demokratische Politik. Sie muss auch mit einer neuen Wirtschaft und Vision einhergehen, die das Wohlergehen der Menschen und des Planeten vor den Profit stellt.

### **Auf dem Weg zu einem Globalen Pakt der Solidarität für die Rechte der Migrant\*innen und Geflüchtete**

Wir, die betroffenen Gemeinschaften von Migrant\*innen und Geflüchteten, schlagen zusammen mit den Bewegungen, Netzwerken und Organisationen, die am Prozess des Permanent Peoples' Tribunal (PPT) über die straflosen Verletzungen der Menschenrechte von Migrant\*innen und Geflüchteten beteiligt sind, einen Globalen Solidaritätspakt für die Rechte der Migrant\*innen und Geflüchteten vor.

Wir wenden uns weltweit an all jene, die glauben, dass es kein Verbrechen ist, zu migrieren oder Asyl zu suchen - es ist ein Menschenrecht. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Globalen Pakt der Solidarität aufbauen.

Dieser Globale Pakt der Solidarität schlägt vor:

- Den Vorrang der Menschenrechte von Einzelpersonen und Bevölkerungen vor den Vorteilen und Interessen von Staaten, Oligarchien und transnationalen Unternehmen wiederherzustellen und Multilateralismus und Demokratie in den Vereinten Nationen zu garantieren.
- Selbstbestimmung, Demokratie und Ernährungssouveränität der Bevölkerungen zu fördern und den Aufbau nachhaltiger, solidarischer und gerechter lokaler Wirtschaften zu ermöglichen, die der Bevölkerung das Recht auf ein menschenwürdiges Leben in ihren Gebieten garantieren, ohne zu irgendeiner Art von Vertreibung gezwungen zu werden.
- Das unveräußerliche Recht aller Menschen auf Freizügigkeit zu garantieren, indem sie die regionale und internationale Zusammenarbeit fördern, um eine öffentliche Politik zu entwickeln, die dieses Recht gewährleistet und diejenigen, die sich für die Migration entschieden haben, vor jeder Verletzung ihrer Rechte in irgendeinem Teil der Welt schützt, insbesondere Frauen, Kinder und Geflüchtete aus politischen, wirtschaftlichen, klimatischen und sozialen Gründen.

Die Achtung der Menschenrechte und die Übernahme von Verantwortung durch die Staaten können die Kriminalisierung, Unterdrückung oder Inhaftierung von Migrant\*innen und Geflüchteten sowohl während ihrer Migrationsreise als auch in ihren Ziel- und Aufenthaltsländern verhindern, indem sie auch die Dokumentation und Regularisierung aller Personen sowie die Ratifizierung und strikte Einhaltung aller internationalen Vorschriften zum Schutz von Flüchtenden, Migrant\*innen und Arbeitnehmer\*innen und allen ihren Familienangehörigen garantieren. Die Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Staaten könnte eine Wirtschaftspolitik ermöglichen, die die Deckung der Grundbedürfnisse der gesamten Bevölkerung sowie den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gewährleistet.

Dieser neue Globale Pakt der Solidarität, den wir fördern, erfordert für seine Umsetzung die einheitliche und internationale Anstrengung von Bewegungen, Organisationen, Kollektiven und sozialen Kräften und wird von unten, von unseren Familien, Territorien, Gemeinschaften und Bündnissen, aufgebaut werden. Deshalb rufen wir alle Menschen und Organisationen, die mit dem Globalen Pakt zur Kontrolle der Migration der Staaten konfrontiert sind, dazu auf, diesen alternativen Pakt der Solidarität und Einheit, dessen zentrale Achse die Verteidigung der vollen Rechte von Migrant\*innen und Geflüchteten auf der ganzen Welt ist, zu unterstützen und sich ihm anzuschließen.

**Lasst uns einen Globalen Pakt der Solidarität aufbauen!**

Berlin, 25. Oktober 2020